

Haushaltsrede Bürgermeisterin Dr. Jacqueline Bila

-Einbringung des Haushalts 2026

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem heutigen Tag bringen wir den Entwurf des Haushalts 2026 in den Rat ein. Es ist kein leichter Haushalt. Und es wäre auch nicht redlich, so zu tun, als könnten wir heute einfach zur Tagesordnung übergehen.

Beginnend mit dem Haushalt 2024, fortgesetzt über den Haushalt 2025 und nun mit dem Entwurf für 2026 steht die Stadt Sundern vor finanziellen Herausforderungen, die nach Aussage des Landrats für die Kommunen die finanziell schwierigste Zeit seit Gründung der Bundesrepublik. Gleichzeitig erleben wir eine zunehmende **Volatilität**: Der Jahresabschluss 2023 schloss mit einem deutlichen Überschuss, obwohl ein Fehlbedarf erwartet worden war. Auch 2024 fiel das Ergebnis besser aus als geplant. Das darf uns jedoch nicht dazu verleiten, Risiken kleinzureden. Es waren Sondereffekte - keine strukturelle Trendwende. Planungen sind immer weniger belastbar, Ergebnisse schwanken stärker als früher.

Sundern steht mit dieser Situation **nicht allein**. Was eigentlich die in der Gemeindeordnung festgeschriebene Normalität sein sollte, nämlich ein strukturell ausgeglichener Haushalt, in dem die Erträge alle Aufwendungen decken, wird zur Besonderheit. Nur noch 10 der insgesamt 396 Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen konnten den strukturellen Ausgleich in ihrem Haushalt 2025 darstellen.

Unsere Nachbarkommunen im Hochsauerlandkreis, der Kreis selbst, ja nahezu alle Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen weisen inzwischen hohe Fehlbedarfe aus.

Erschreckend ist jedoch, dass sich die negative Entwicklung in Sundern sehr deutlich und durchgängig in zweistelligen Millionenbeträgen in der mittelfristigen Planung zeigt.

Der vorliegende Haushalt 2026 weist einen Fehlbedarf von rund **12,5 Millionen Euro** aus. Das ist eine Größenordnung, die niemanden kaltlassen darf. Der Ausgleich erfolgt erneut über die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage und einen Verlustvortrag.

Formal vermeiden wir damit ein Haushaltssicherungskonzept. **Inhaltlich** aber ist völlig klar: Ein „Weiter so“ darf es nicht geben.

Wenn keine nachhaltigen **strukturellen Verbesserungen** der kommunalen Finanzausstattung erfolgen, wird der stetige Verzehr unseres **Eigenkapitals** weitergehen. Auch die Änderungen des Haushaltsrechts – etwa durch die Möglichkeit von Verlustvorträgen – ändern daran nichts. **Sie lindern Symptome, sie beheben keine Ursachen.**

Und diese Ursachen liegen nicht allein hier vor Ort.

Die Kommunen sind seit Jahren strukturell unterfinanziert. Das **Konnexitätsprinzip** – wer bestellt, bezahlt – wird in der Praxis vielfach nicht eingehalten. Neue Aufgaben werden übertragen, aber nicht ausfinanziert. Das gilt für den Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz ab 2026, für die Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen, für Klimaschutz, Digitalisierung und kommunale Wärmeplanung.

Gleichzeitig ist es unser eigener Anspruch – und das zu Recht –, **den Substanzverzehr unserer Infrastruktur zu stoppen**. Schulen, Feuerwehr, Straßen, Verwaltungsgebäude: Wir dürfen nicht weiter von der Substanz leben. **Deshalb sind Investitionen notwendig, auch wenn sie den Haushalt belasten**. Der Neubau der Realschule, die Feuerwehrzentrale, die Technischen Dienste, der Ausbau der OGS – all das sind keine Luxusprojekte, sondern Pflichtaufgaben einer zukunftsfähigen Stadt.

Doch unter den Rahmenbedingungen einer stagnierenden Wirtschaft, steigender Pflichtausgaben und sinkender Einnahmeerwartungen werden die **Spielräume dramatisch enger**. Die Grenzen zwischen dem, was wir „müssen“, und dem, was wir „wollen“, verschwimmen – und sie verschieben sich immer weiter zulasten der freiwilligen Leistungen. Zwar rettet das Streichen eines Seniorentags nicht den Haushalt – ganz klar – das will auch niemand, aber größere Projekte müssen weitergeschoben werden, es sei denn es gelingt, dass auch Einnahmen aus Windenergie einen Beitrag im Sinne der Bürgerinnen und Bürger leisten können.

Ich sage deshalb heute sehr klar: **Nicht jeder Wunsch, nicht jedes nachvollziehbare Anliegen und nicht jede gute Idee kann in diesem Haushalt berücksichtigt werden.**

Das ist **keine Geringsschätzung von Engagement** oder von berechtigten Interessen. Es ist die Konsequenz aus einer Realität, die uns zwingt, Prioritäten zu setzen. **Haushaltsdisziplin ist kein Selbstzweck** - sie ist Voraussetzung dafür, handlungsfähig zu bleiben.

Gleichzeitig gilt aber auch: Es darf niemals zur Normalität werden, dass kommunale Selbstverwaltung dauerhaft hinter der Erfüllung von Pflichtaufgaben anderer staatlicher Ebenen zurücktritt. Wenn Kommunen nur noch verwalten, was andere entscheiden, gerät das Fundament unseres demokratischen Staatswesens ins Wanken.

Deshalb braucht es zweierlei.

Erstens: **Ein hohes Maß an Verantwortung hier im Rat.** Dieser Haushalt kann nur gelingen, wenn Verwaltung und **alle** Fraktionen gemeinsam an einem Strang ziehen. Schöne Versprechungen hin oder her – die finanzielle Realität fordert: Haushaltsdisziplin, Zurückhaltung bei zusätzlichen Ausgaben und ein ehrlicher Blick auf das **Machbare** sind unerlässlich, wenn wir auch in den kommenden Jahren eine Haushaltssicherung vermeiden wollen.

Es ist aus meiner Sicht eine **Priorisierung** erforderlich, um strategische Zielsetzungen auf Grundlage der Haushaltsaufstellung festzulegen. Dazu wird die Verwaltung der Politik im Rahmen der Beratungen Vorschläge unterbreiten.

Zweitens - und das ist mir besonders wichtig -: **Wir werden uns nicht damit abfinden, dass diese strukturellen Probleme einfach hingenommen werden.**

Deshalb planen wir, gemeinsam mit anderen Kommunen – insbesondere im Hochsauerlandkreis –, ein abgestimmtes Vorgehen. Ziel ist es, auf allen politischen Ebenen deutlich zu machen, in welcher Lage sich die Städte und Gemeinden befinden. Wir wollen gemeinsam gegenüber Land und Bund auftreten und einen **klaren, unmissverständlichen Appell** richten:

Die Kommunen brauchen endlich eine auskömmliche, verlässliche und dauerhafte Finanzausstattung.

Altschuldenlösung und **Sondervermögen** sind Schritte in die richtige Richtung – aber sie reichen nicht aus. Notwendig sind strukturelle Verbesserungen, insbesondere im Gemeindefinanzausgleich, bei der Finanzierung von Kinderbetreuung, sozialen Leistungen und Pflichtaufgaben.

Meine Damen und Herren,

trotz aller Ernsthaftigkeit dieser Lage möchte ich auch sagen: Dieser Haushalt ist **kein** Ausdruck von Resignation. Er ist Ausdruck von **Verantwortung**. Wir investieren **gezielt**, wir **sichern** zentrale Strukturen, wir halten an Zukunftsthemen fest - Bildung, Sicherheit, Klimaschutz und Zusammenhalt.

Aber wir tun das mit **Augenmaß**. Und wir tun es in dem Bewusstsein, dass jeder Euro, den wir heute kreditfinanziert ausgeben, morgen erwirtschaftet oder an anderer Stelle eingespart werden muss.

Ich bitte Sie deshalb um eine **sachliche, konstruktive und gemeinsame Haushaltsberatung**. Lassen Sie uns nicht darüber streiten, wer mehr verspricht, sondern darüber, wie wir Sundern finanziell handlungsfähig halten - **heute, morgen und für die nächsten Generationen**.

Herzlichen Dank.